

Antwort DIE LINKE Brandenburg auf die Wahlprüfsteine des Gartenbauverbandes Berlin-Brandenburg

Rahmenbedingungen wirksam verändern

Welche Prioritäten sehen Sie bei der weiteren Umsetzung der Gartenbaukonzeption des Landes Brandenburg?

Die Gartenbaukonzeption bietet eine gute Grundlage für die Entwicklung des Gartenbaus in Brandenburg, wir möchten sie möglichst umfassend umsetzen. Besonders wichtig erscheinen uns Maßnahmen zur Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe, die Fachkräftegewinnung, das Risikomanagement und die Anpassung an den Klimawandel. In allen Punkten wird dem Ausbau der Beratung eine wichtige Rolle zukommen.

Wie positionieren Sie sich zur oben aufgezeigten Kostenentwicklung und wie schätzen Sie die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit unter diesen Umständen ein?

Die Kostenentwicklung ist ein Problem für die brandenburgischen Gartenbaubetriebe im internationalen Wettbewerb. Für DIE LINKE ist aber klar: Wettbewerb darf nicht auf Kosten der Beschäftigten gehen. Wir stehen deshalb zum Mindestlohn und zu attraktiven Arbeitsbedingungen, die auch unabdingbare Voraussetzung für die Gewinnung von Fachkräften sind. Um aus der Wettbewerbslogik herauszukommen setzen wir auf den Ausbau regionaler Vermarktung. Es besteht bei Verbraucher*innen die Bereitschaft, für regionale Produkte mehr Geld auszugeben. Der Bedarf gerade auch in Berlin kann bisher nicht aus der Region gedeckt werden. Hier sehen wir für den regionalen Gartenbau die Möglichkeit mehr Unabhängigkeit vom Weltmarkt und vom Lebensmitteleinzelhandel zu erreichen.

Welches Modell der Agrarförderung streben Sie an?

Wir möchten öffentliche Fördermittel an Gemeinwohlleistungen binden – sowohl in der ersten als auch in der zweiten Säule der Agrarförderung. Gefördert werden soll eine Landwirtschaft, die umwelt- und ressourcenschonend produziert, gute Arbeit garantiert und den ländlichen Raum stärkt. Der Gartenbau als besonders arbeitsintensive Produktionsform mit hoher regionaler Wertschöpfung würde davon profitieren. Außerlandwirtschaftliche Investoren möchten wir von der Förderung ausschließen.

Welche Lösungsansätze sehen Sie, um die Auswirkungen der erhöhten Witterungsrisiken für die gartenbaulichen Unternehmen abzufedern? Werden Sie sich für ein Instrument der Risikoabsicherung einsetzen, wenn ja für welches?

Für die Zukunft entscheidend ist eine Anpassung des Gartenbaus an veränderte Klimabedingungen hinsichtlich Sorten und Anbaubedingungen. Dafür ist eine Unterstützung von Seiten des Landes (z.B. Beratung, Investitionsförderung) erforderlich. Um Ernteausfälle abzufedern befürworten wir eine steuerfreie Risikoausgleichsrücklage, die wir im Bundesrat angeschoben haben, die aber bisher an der Bundesregierung scheitert. Zu prüfen wäre weiterhin ob solidarische Fonds ein zweckmäßiges Mittel zur Risikoabfederung sein können.

Wertschöpfung und Stellenwert gärtnerischer Erzeugnisse

Welchen Stellenwert räumen Sie dem Gartenbau ein? Können Sie sich vorstellen, den Gartenbau mit einer umfassenden Imagekampagne zu unterstützen?

Dem Gartenbau kommt eine wichtige Rolle zu – sowohl in Bezug auf die Wertschöpfung und Arbeitsplatzsicherung im ländlichen Raum als auch hinsichtlich der Identifizierung der Menschen mit ihrer

Region, die häufig mit bestimmten regionaltypischen Produkten verbunden ist. Eine Imagekampagne halten wir für sinnvoll, wobei der Schwerpunkt auf Qualitätsproduktion und regionaler Vermarktung liegen sollte.

Welche Wege sehen Sie, den Absatz regionaler Produkte des Gartenbaus zu erhöhen und die Wertschöpfung zu verbessern?

Wir möchten einen landesweiten Aktionsplan Regionalvermarktung für konventionell und ökologisch erzeugte Produkte initiieren. Darin wird es um Förderung von Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen, Unternehmenskooperationen und eine Intensivierung der Beratung gehen.

Werden Sie sich für eine Verstärkung von Gartenschauen einsetzen? Wie wollen Sie absichern, dass die Landesgartenschauen auch weiterhin als nachhaltiges Strukturentwicklungsinstrument und Zukunftslabor etabliert werden?

Die Gartenschauen sind ein Erfolgsmodell, wie auch die guten Besucherzahlen der diesjährigen Landesgartenschau in Wittstock zeigen. Sie sollen in regelmäßigen Abständen fortgeführt werden. Neben der gärtnerischen Leistungsschau haben sie große Bedeutung für die Regionalentwicklung in den jeweiligen Regionen. Dieses Konzept soll beibehalten werden.

Wo sehen Sie Ansatzpunkte und konkrete Maßnahmen um die biologische Vielfalt in Städten und Dörfern zu erhöhen?

Manche Kommunen sind dem Netzwerk Kommunen für Biologische Vielfalt oder den pestizidfreien Kommunen beigetreten. Das begrüßen wir und es sollte vom Land unterstützt werden. Bei der Gestaltung von Grünanlagen kommt der öffentlichen Hand als Flächeneigentümer eine besondere Verantwortung zu. Hier sollten beispielsweise Blühflächen vorgesehen und eine naturnahe Unterhaltung umgesetzt werden. Darüber hinaus gilt es, bei Gartenbesitzern für eine naturnahe Gartengestaltung zu werben.

Innovation als Branchenmotor

Welchen Beitrag des Landes sehen Sie zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit des gärtnerischen Sektors? Wo sehen Sie Grundlagenforschung, wo das angewandte Versuchswesen und wo den organisierten Wissenstransfer in den nächsten 5 bis 10 Jahren?

Das Land muss durch Umsetzung der Gartenbaukonzeption seinen Beitrag zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit leisten. Dazu gehört auch die Förderung von innovativen Projekten und der dafür notwendigen Investitionen. Die Grundlagenforschung ist in Brandenburg mit den vorhandenen renommierten Instituten gut aufgestellt. Dringend erforderlich ist eine Umsetzung der Forschungsergebnisse in die Praxis. Forschungsprojekte sollten von vorne herein so ausgerichtet sein, dass neue Verfahren mit der Praxis zusammen entwickelt und ihre Umsetzung vorbereitet wird. Wir halten es für einen Fehler, dass das Versuchswesen des Landes in den letzten Jahren zurückgefahren worden ist. Mit der kürzlichen Anbindung der Obstbauversuchsstation Müncheberg an die Lehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau und Arboristik verbinden wir die Hoffnung, dass diese wichtige Institution ihre Aufgaben für den Obstbau zukünftig wieder umfänglich wahrnehmen kann. Dafür hatten wir uns im Landtag intensiv eingesetzt.

Können Sie sich vorstellen eine Nachhaltigkeitsstrategie für den Gartenbau unter Berücksichtigung der Kreislaufwirtschaft, der Energienutzung und ökologischer Anbauverfahren zu initiieren?

Diese Aspekte müssen bei allen Entscheidungen zum Gartenbau, insbesondere auch bei öffentlichen Förderungen, eine wichtige Rolle spielen. Dies kann im Rahmen der Gartenbaukonzeption umgesetzt werden.

Digitalisierung erfordert eine angepasste Infrastruktur; Unternehmen sind dazu auf ein hochleistungsfähiges Internet angewiesen. Welches Ziel verfolgt Ihre Partei, um die Voraussetzungen für E-Shops und digitale Produktionssteuerung in gärtnerischen Unternehmen im ländlichen Raum zu schaffen?

Die Anbindung des ländlichen Raumes an schnelles Internet ist ein wichtiges Ziel. Dazu laufen Programme des Landes und des Bundes. Die Digitalisierungsstrategie Brandenburg von 2018 legt einen Schwerpunkt auf die Digitalisierung der Land- und Forstwirtschaft. Vorhaben zur digitalen Unterstützung der Produktion und der Vermarktung sollen auch zukünftig über Förderrichtlinien unterstützt werden.

Verwaltungshandeln bestimmt die wirtschaftliche Entwicklung

Durch welche Maßnahmen wollen Sie sicherstellen, dass im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung das Verwaltungshandeln vereinfacht und der Zugang für die Unternehmen im ländlichen Raum gesichert wird?

Digitalisierung bietet eine Chance für die Vereinfachung des Verwaltungshandelns und für eine Entlastung von Unternehmen und Bürgerinnen und Bürgern. Wir möchten uns dafür einsetzen, dass diese Chance in der digitalen Verwaltung wahrgenommen wird.

Wie stellen Sie sich eine Vereinfachung der für den Gartenbau relevanten Genehmigungsverfahren (Baurecht für Gewächshäuser, Wasserentnahmerecht) zukünftig vor?

Wir setzen uns dafür, ein Genehmigungsverfahren nach Möglichkeit zu entschlacken und in den Antragsverfahren unnötige bürokratische Hürden abzubauen. Dazu muss geprüft werden, welche Antragsformalitäten für die Genehmigungsbehörden wirklich unabdingbar sind, um den Sachverhalt beurteilen und über eine Genehmigung entscheiden zu können. Ihre Grenzen findet die Vereinfachung, wenn es um die Berücksichtigung und den Ausgleich unterschiedlicher Interessen geht, so müssen etwa bei Wasserentnahmen die Folgen für den Gewässerkörper und für andere potenzielle Nutzer betrachtet werden.

Welche Strategien sehen Sie im länderübergreifenden Verwaltungshandeln, bspw. bei der Zusammenarbeit der Pflanzenschutzdienste oder der bislang im Rahmen des Staatsvertrages mit Berlin getroffenen Verwaltungsvereinbarung?

Es ist sinnvoll, Synergieeffekte in länderübergreifender Kooperation vor allem in spezialisierten Aufgabenbereichen zu nutzen, so wie dies beispielsweise bereits bei bestimmten Überwachungs- und Kontrollaufgaben im Verbraucherschutz geschieht. Auf der anderen Seite sind ortsnahe Entscheidungen in Kenntnis der jeweiligen konkreten Situation notwendig. Hier muss ein sinnvoller Ausgleich gefunden werden. Die Fortführung des Landwirtschafts-Staatsvertrags mit Berlin befürworten wir.